

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

BREMEN HEISST WILLKOMMEN UND STELLT SICH DEN HERAUSFORDERUNGEN

Landesparteitag in der Neuen Vahr

Einen lebhaften und diskussionsfreudigen Landesparteitag erlebten die Delegierten und Gäste im Bürgerzentrum Neue Vahr am 26. September 2015. Gast war der stellvertretende Parteivorsitzende und Vorsitzende der Hessen-SPD und der SPD-Landtagsfraktion in Hessen, Thorsten Schäfer-Gümbel. Seine Rede und die Diskussion und vor allem auch die Beratung der Resolution „Bremen heißt Willkommen und stellt sich den Herausforderungen!“ standen im Zentrum des Parteitag.

In der Resolution heißt es: „Das Bundesland Bremen steht vor einer gewaltigen Herausforderung und muss zurzeit Enormes leisten. Voraussichtlich 8.000 Flüchtlinge müssen bis Ende des Jahres versorgt und untergebracht werden. Getragen wird die Aufnahme der Flüchtlinge in unserem Land durch eine Welle der Hilfsbereitschaft in unserer Gesellschaft. Diese Willkommenskultur wird gelebt durch unsere Bürgerinnen und Bürger, durch zahlreiche ehrenamtliche und professionelle Initiativen, durch Wohlfahrtsverbände, durch Vereine und viele andere Akteure unseres zivilgesellschaftlichen Zusammenlebens. Das macht uns sehr stolz!“ Die Bremer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern in der Resolution die Asylverfahren deutlich zu beschleunigen: „Die Regeln hierfür müssen fair sein und für alle verständlich. Dazu gehört auch, dass jede/jeder, die/der einen Asylantrag stellt, eine schnelle Entscheidung erhält. Wege der Arbeitsmigration müssen unter Wahrung der Standards und Regeln unseres Arbeits- und Sozialsystems gefunden werden, zum Beispiel durch ein Einwanderungsgesetz.“

Und weiter: „Wir begrüßen, dass der Bund endlich Verantwortung für Geflüchtete übernimmt und auf dem

Flüchtlingsgipfel am 24. September 2015 u. a. entschieden hat, Länder und Kommunen finanziell zu entlasten. Jedoch lehnen wir weiterhin aufgrund des bürokratischen Aufwands und der Stigmatisierung Sach- statt Geldleistungen ab. Die Aufnahme weiterer Länder als 'sichere Herkunftsstaaten' muss fortlaufend kritisch geprüft werden. Das individuelle Recht auf Asyl darf jedoch in keiner Weise gefährdet werden.“

Abschließend heißt es: „Wir brauchen im Land Bremen eine Stärkung zentraler Verantwortlichkeit, mit der notwendigen Entscheidungs- und Durchsetzungskompetenz, um ressortübergreifend schnell zu reagieren und alle Maßnahmen zu koordinieren. Dies soll dazu beitragen, die bei uns bereits sehr gut funktionierende Willkommenskultur weiter zu stärken und auf dauerhafte institutionelle Füße zu stellen, um so das Ziel der menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen, bei gleichzeitiger Wahrung des sozialen Zusammenhalts unseres Landes zu erreichen.“

Auch Thorsten Schäfer-Gümbel positionierte sich gleich zu Beginn seiner Rede deutlich zur aktuellen Flüchtlingsdebatte: „Die Würde des Menschen ist unantastbar – Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes, das ist die oberste Richtlinie unserer Verfassung, das ist unsere Richtschnur.“ Scharf kritisierte er den Empfang von Ungarns Regierungschef durch die CSU: „Victor Orbán steht für ein Europa, welches wir glaubten überwunden zu haben. Es ist eine Schande, was Horst Seehofer sich erlaubt hat!“

Thorsten Schäfer-Gümbel warb für eine intensive Perspektivdebatte in der Partei: „Nutzt die Perspektivdebatte als Voraussetzung dafür, dass wir eine gute Grundlage für das Wahlprogramm 2017 erhalten und offene Fragen unter uns



FOTO: MARKUS HIBBELER

Der stellvertretende Parteivorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel zur aktuellen Flüchtlingsdebatte: „Die Würde des Menschen ist unantastbar – Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes, das ist die oberste Richtlinie unserer Verfassung, das ist unsere Richtschnur.“

auch wirklich ausdiskutieren.“ Und weiter: „Die SPD muss im konkreten tagtäglichen Handeln zeigen, dass sie es besser kann und eine klare Vision für eine gerechtere Zukunft aufzeigen.“

Als Delegierte für den Bundesparteitag im Dezember in Berlin wurden gewählt: Sören Böhrnsen, Karl Bronke, Janne Herzog, Uta Kummer, Sarah Ryglewski, Uwe Schmidt, Joachim Schuster und Gisela Schwellach. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Kevin Lenkeit.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
Matthias Koch (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

IN BERLIN POLITIK FÜR BREMEN MITGESTALTEN

Sarah Ryglewski ist seit Mitte Juli Bundestagsabgeordnete – Schwerpunkt Finanzpolitik

Nach vier Jahren in der Bremischen Bürgerschaft ist Sarah Ryglewski als Nachfolgerin von Carsten Sieling in den Deutschen Bundestag gewechselt. Die 32-Jährige freut sich auf die neue Herausforderung: „Ich möchte im Bundestag Politik im Interesse der Bremerinnen und Bremer mitgestalten. Als Mitglied des Finanzausschusses kann ich verantwortlich an Entscheidungen mitwirken, die für das Land Bremen existenziell wichtig sind. Das ist eine große Aufgabe. Und als stellvertretende Landesvorsitzende bleibe ich ohnehin nah an den bremischen Themen.“ Als Berichterstatterin wird Sarah Ryglewski im Finanzausschuss für Altschulden, Abgeltungssteuer, Finanztransaktionssteuer und finanziellen Verbraucherschutz zuständig sein. Dazu ist sie Mitglied des Petitionsausschusses, in dem sie ebenfalls den Verbraucherschutz sowie den Bereich Arbeitsmarkt betreuen wird.

Der Verbraucherschutz war schon in Bremen eines ihrer zentralen Politikfelder. Sarah Ryglewski war in der Bürgerschaftsfraktion verbraucherpolitische Sprecherin und ist Sprecherin des gleichnamigen Themenforums der Bundes-SPD. Diese Erfahrungen will sie jetzt für die Arbeit im Finanzausschuss des Bundestags nutzen. „Ein besonderes Anliegen ist mir, den Verbraucher- und Anlegererschutz zu stärken. Wenn Banken sich fast zum Nulltarif am Kapitalmarkt Geld leihen können, aber gleichzeitig Dispozinsen von teilweise mehr als zehn Prozent nehmen, oder wenn bei vielen Rießer-Verträgen überhöhte Verwaltungskosten die Rendite in den ersten Jahren fast auffressen, muss die Politik handeln.“ Handlungsbedarf sieht sie auch bei der Beteiligung der Finanzbranche an der Bewältigung der Folgen der Finanzkrise. „Wenn Banken mit Steuergeld gerettet werden, dann müssen sie an diesen Kosten beteiligt werden, und es braucht Mechanismen, die künftige Spekulationsblasen verhindern.“ Deshalb setzt sie sich im Finanzausschuss für die zügige Einführung der Finanztransaktionssteuer ein. Ein weiteres wichtiges Thema in dieser Legislaturperiode ist die Entwicklung einer tragfähigen Alternative zur Abgeltungssteuer. „Ihre niedrige Höhe sorgt für eine sozial ungerechte steuerliche Bevorzugung von Kapital gegenüber Arbeitseinkünften. Wir wollen Vermögenseinkünfte künftig genauso besteuern wie das Einkommen aus Arbeit.“

Bremen braucht Stärkung der Einnahmen

Der Schwerpunkt Finanzpolitik ist gerade auch in Hinblick auf die finanzielle Situation Bremens von hoher Bedeutung. „Eine stabile Finanzausstattung der öffentlichen Hand ist für unser Bundesland existenziell, um Gestaltungsspielräume zu erhalten und damit Bremen und Bremerhaven auch in Zukunft lebenswerte Städte bleiben. Bremen ist wirtschaftlich stark – aber das findet keinen ausreichenden Niederschlag in der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern. Die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und

eine Regelung für die Altschuldenproblematik sind deshalb die wichtigsten Aufgaben der nächsten Monate.“

Vor Ort zuhören

In den Sitzungswochen wird Sarah Ryglewski in Berlin sein. Doch ihr Lebensmittelpunkt bleibt weiterhin Bremen. „Hier ist der Wahlkreis, für den ich jetzt verantwortlich bin. Und darüber hinaus will ich weiterhin als stellvertretende Landesvorsitzende in der Bremer SPD intensiv mitarbeiten. In den Wahlkreiswochen werde ich viel in den Stadtteilen unterwegs sein und freue mich auf den direkten Kontakt mit den Menschen vor Ort. Ich möchte zuhören und Themen aufnehmen, um viele Anregungen und Anliegen mit nach Berlin nehmen zu können.“

Junge Menschen für Politik begeistern

Sarah Ryglewski hat sich vorgenommen, Jugendliche und junge Erwachsene wieder für Politik zu begeistern. „Angesichts der Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl im Mai und auch bei den Wahlen davor sehe ich hier eine der wichtigsten Aufgaben. Ich möchte direkt auf junge Menschen zugehen und mit ihnen diskutieren.“ Ihre Erfahrung ist, dass sich Jugendliche sehr wohl für Politik interessieren. „In den letzten Wahlkämpfen habe ich viele spannende Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern geführt. Es gab jedoch die Rückmeldung, dass sie sich oft nicht ausreichend vertreten fühlen. Ich halte es für wichtig, jungen Menschen zu zeigen, dass sie ernstgenommen werden.“

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Auch bei den Themen soziale Stadtentwicklung und Arbeitsmarktpolitik möchte die neue Bundestagsabgeordnete etwas für Bremen erreichen. „Für den sozialen Wohnungsbau, der gerade auch vor dem Hintergrund des enormen Bedarfs für die Unterbringung von Flüchtlingen eine große Rolle spielt, ist eine Aufstockung der Förderprogram-

me des Bundes erforderlich. Das gilt auch für den in Bremen darüber hinaus benötigten zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen und für Studierende.“

In der Arbeitsmarktpolitik will Sarah Ryglewski sich auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass mehr für Langzeitarbeitslose getan wird, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. „Diese Personengruppe ist in Bremen besonders groß. Hier müssen wir neue Wege finden, um diesen Menschen eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive zu bieten statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Eine von der SPD-Bundestagsfraktion favorisierte Möglichkeit ist der Passiv-Aktiv-Transfer, also die Umwandlung von Mitteln für Hartz IV, Kosten der Unterkunft und Eingliederungshilfen zur direkten Finanzierung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Hier ist die Union gefordert, sich endlich zu bewegen.“ ■

Kontakt:

Wahlkreisbüro:
Telefon 0421.3 50 18-25

Mail:
sarah.ryglewski.wk@
bundestag.de

Facebook:
www.facebook.com/
sarah.ryglewski



Wohnungsbau: Bremen muss aufs Tempo drücken!

Die Hansestadt braucht schnell mehr zusätzliche Wohnungen. Davon ist Jürgen Pohlmann, baupolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, überzeugt. „Bremen ist eine wachsende Stadt“, sagt er, „das belegen alle ernstzunehmenden Gutachten.“ Auch die Studie des GEWOS-Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung war zu dem Ergebnis gekommen, dass in Bremen bis zum Jahr 2030 19.000 neue Wohnungen benötigt werden, um eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Das entspricht 1400 Wohneinheiten pro Jahr. „Aber Bremen wächst sogar noch stärker. Berücksichtigt man die Zahl der bis jetzt in Bremen eingetroffenen Flüchtlinge, können wir davon ausgehen, dass kurzfristig weiterer Wohnraum mehr als 3500 Menschen im Jahr geschaffen werden muss“, stellt Pohlmann fest.

Wie viele zusätzliche Wohnungen Bremen in den kommenden Jahren braucht, hänge auch von der Frage ab, wie viele Menschen ihre Flucht in den kommenden Jahren nach Bremen führe. In diesem Maße steige auch der Bedarf. „Darauf müssen wir reagieren und möglichst schnell dafür sorgen, dass zusätzliche Wohnungen entstehen. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren“, mahnt Pohlmann.



Jürgen Pohlmann

Die SPD-Fraktion hat daher nun eine Große Anfrage an den Senat eingereicht. Ziel ist es, eine Diskussion auf Basis der tatsächlichen aktuellen Situation zu führen. „Entscheidend für die Fra-



Lange Zeit konnte Bremen Flüchtlinge zumindest in Containern unterbringen. Doch reichen die Kapazitäten nicht mehr, sodass man nun auch auf Turnhallen zurückgreifen muss. Die SPD will nun auch leerstehende Baumärkte nutzen. Foto: Koch

ge, wie schnell in welchem Umfang gebaut werden kann, sind drei Faktoren: Zahl und Größe der verfügbaren Flächen, Dauer der planungs- und baurechtlichen Verfahren und die Höhe der Investitionen, die sich für den Wohnungsbau mobilisieren lassen“, erklärt Pohlmann. In diesen Punkten wolle man daher den aktuellen Stand der Dinge erfahren. Pohlmann: „Das ist dringend nötig, damit wir wissen, ob die bisherigen Planungen mit den aktuellen Entwicklungen noch Schritt halten, an welchen Stellen es hakt und wo wir handeln müssen. Wenn die Zahl der Flächen für den Bedarf nicht reicht, müssen wir zügig nachsteuern.“

Der Bürgerschaftsabgeordnete betont zudem, dass man in der aktuellen Situation auch darüber nachdenken müsse, Flächen für den Wohnungsbau auszuweisen, die bislang für andere Nutzungen vorgesehen sind. Ein großangelegtes kommunales Wohnungsbaupro-

gramm werde es aufgrund der Haushaltslage wohl nicht geben können, sagt Pohlmann. Wichtig sei daher, die verfügbaren Mittel so einzusetzen, dass sie möglichst viel Kapital für den Wohnungsbau mobilisieren. Und Pohlmann betont dabei die zentrale Rolle der Gewoba: „Wir müssen darüber diskutieren, wie man sie dabei unterstützen kann, wieder in größerem Umfang selbst zu bauen.“

Kurzfristig wird aber auch die Frage der Erstunterbringung von Flüchtlingen direkt nach ihrer Ankunft zu diskutieren sein. „Die Bremer Flüchtlingseinrichtungen sind überfüllt. Mehr als 1400 Menschen leben bereits in Zelten. Immer mehr Sporthallen müssen in Notunterkünfte umgewandelt werden“, sagt der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe und ergänzt: „Gleichzeitig gibt es in unserer Stadt große, oft seit Jahren ungenutzte, leerstehende private Immobilien. Das ist nicht nur den Sportvereinen, denen wir durch die Umnutzung der Turnhallen einiges abverlangen, nicht mehr zu erklären.“ Die SPD-Fraktion will daher gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner das Polizeigesetz so ändern, dass es als letztes Mittel in Notsituationen die Möglichkeit gibt, ungenutzte Immobilien zeitlich befristet mit Flüchtlingen zu belegen. Tschöpe betont dabei aber ausdrücklich die Zielrichtung der Maßnahme. „Die geplante Gesetzesänderung zielt explizit auf große Einheiten wie etwa leerstehende Baumärkte ab. Die Besitzer dieser Gebäude verlieren dabei keineswegs ihre Eigentumsrechte, sondern erhalten vielmehr eine Entschädigung für die Dauer der Belegung ihrer Immobilien“, sagt er. Jetzt - wie manche Kritiker es tun - Ängste zu schüren, dass davon private Eigenheime betroffen sein könnten oder von „Enteignung“ zu sprechen, sei daher reiner Populismus. ■

BREMERHAVEN – STADT DER CHANCEN

Erfolgreicher Strukturwandel in der Stadt am Meer *Von Martin Günthner*

Bremerhaven boomt. Ob städtebaulich, touristisch oder mit Blick auf die Logistik-Branche – aus der Stadt an der Wesermündung kommen viele positive Meldungen. Wohl keine Stadt dieser Größenordnung hat sich im vergangenen Jahrzehnt so zum Positiven verändert wie Bremerhaven. Die Havenwelten prägen das moderne Stadtbild. Das Klimahaus hat sich als Science Center bundesweit einen Namen gemacht, und das Auswandererhaus lädt Besucher aus der ganzen Welt ein, auf Spurensuche nach ihren Vorfahren zu gehen. Der Zoo am Meer erlebt einen kräftigen Aufschwung mit dem neuen Aquarium. Und die Innenstadt hat von der Entwicklung nachhaltig profitiert. Der Wandel, den meine Heimatstadt vollzogen hat, ist enorm.

Die Lebens- und Aufenthaltsqualität hat sich dank vielseitiger Anstrengungen von zahlreichen Akteuren in den letzten Jahren sehr verbessert. Dies zeigt sich auch im Wohnungsbau. Gerade erst wur-

de das neue Kaiserquartier auf der Expo Real, der internationale Leitmesse für die Immobilienwirtschaft, in München vorgestellt. Der Strukturwandel, den Bremerhaven erlebt, führt gegen alle Prognosen dazu, dass die Stadt wächst, so dass zentral gelegener, attraktiver Wohnraum gefragt ist. Ein Wettbewerb soll über die Nutzung und Gestaltung der 29 Hektar großen Fläche entscheiden, die sich von den Havenwelten bis zu den Überseehäfen erstreckt. Der zuletzt entstandene Wohnraum mit Blick auf das Wasser ist in kürzester Zeit verkauft oder vermietet gewesen.

Und mit dem Thema Hafen und Logistik hat Bremerhavens Wirtschaft einen stabilen Anker von nationaler Bedeutung. So ist Bremerhaven einer der bedeutendsten Umschlagplätze für die Automobilindustrie weltweit. Um diese Position zu festigen, ist es erforderlich, die Bedingungen für den Autotransport weiter zu optimieren.

Jährlich gehen über zwei Millionen Fahrzeuge über Bremerhaven in die Welt,

vor allem in die USA, nach Ostasien und in den Nahen Osten. Im Gegenzug werden Autos aus Korea, Japan und den USA über Bremerhaven importiert. Deswegen hat der Bremer Senat jüngst beschlossen, dass im Osthafen nun eine 2,4 Hektar große Fläche erschlossen wird. Gleichzeitig wurde der Erweiterung der Bremischen Hafeneisenbahn zugestimmt. Die leistungsfähige Anbindung des Hafenhinterlandes an den Schienenverkehr ist eine wichtige Voraussetzung für die gestiegenen Umschlagszahlen in Bremerhaven. Dem Schienenverkehr als umwelt- und verkehrspolitisch besonders relevanter Verkehrsträger kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, die maßgeblich zum jüngeren Erfolg der bremschen Häfen beiträgt und die traditionell herausgehobene Rolle als einem der führenden Eisenbahnhäfen in Europa stützt. Doch aus Bremerhaven kommen noch mehr positive Meldungen, die zeigen, dass die positive Entwicklung weiter geht. ■



FOTO: PATRICE KUNTE

Martin Günthner ist geborener Bremerhavener. Der 39-jährige Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Bremerhaven ist seit 1992 Mitglied der SPD. Seit Februar 2010 ist er Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie Senator für Justiz und Verfassung. Von 1999 bis 2010 gehörte er der Bremischen Bürgerschaft an. Der gelernte Kommunikations- und PR-Berater ist verheiratet und hat zwei Kinder.

KREUZFAHRTSCHIFFE MADE IN BREMERHAVEN



FOTO: BIS-BREMERHAVEN

Bald sollen auf der Lloyd-Werft wieder Kreuzfahrtschiffe made in Bremerhaven gebaut werden.

Der Neubau großer Schiffe prägte Bremerhaven Jahrzehnte lang. Bald wird dieses Bild wieder zum Alltag der Stadt gehören, denn auf der Lloyd Werft werden zukünftig Kreuzfahrtschiffe gebaut. Diese Erfolgsmeldung kam in diesem Sommer aus Bremerhaven. Unter Beteiligung der malaysischen Genting Group sollen für die Crystal Cruises fünf Schiffe gebaut werden, die der steigenden Nachfrage nach Kreuzfahrten gerecht werden sollen. Der Senat investiert für diesen Großauftrag in den Ausbau der Kajen im Kaiserhafen. Im Ergebnis werden viele hundert Menschen wieder Arbeit auf der Werft finden. Und auch für Zulieferbetriebe entsteht hier ein Markt, der Umsatz und Arbeitsplätze garantiert. Für Norddeutschland ist diese Entscheidung ein wichtiges Signal, dass neben der Meyer Werft in Papenburg demnächst auch wieder Kreuzfahrtschiffe mit dem Siegel made in Bremerhaven über die Weltmeere fahren werden. ■

BREMERHAVEN GOES OFFSHORE

Seit zehn Jahren gehört Bremerhaven zu den führenden Standorten der Windindustrie in Deutschland. Mit Blick auf die Wertschöpfungskette, die sich entlang der Küste gebildet hat, besitzt Deutschland in Sachen alternativer Stromgewinnung durch Wind, ob an Land oder auf dem Meer, ein weltweites Alleinstellungsmerkmal. Um das enorme wirtschaftliche Potenzial nutzen zu können, laufen die Planungen auf Hochtour, ab Ende des Jahres einen Schwerlasthafen im Blexer Bogen zu bauen. Mit dem Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) gewinnt die Region eine Perspektive auf Neuansiedlungen von Zulieferbetrieben und auf dringend benötigte zusätzliche Arbeitsplätze. Für den Wirtschaftssenator drückt die klare Position zum Bau des OTB den politischen Willen aus, hier in Bremerhaven maximal von der Energiewende zu profitieren. ■



FOTO: BIS-BREMERHAVEN

Computeranimation des Offshore-Terminals Bremerhaven.